

# Gärtner-Zeitung

Organ des Verbandes der Gärtner und Gärtnerarbeiter, Sitz Berlin  
Veröffentlichungsblatt der Gärtner-Krankenkasse (Ersatzkasse), Sitz Hamburg

**Abonnement:** Vierteljährlich durch die Post 5 Mk., unter Streifenband 6,50 Mk.

Schriftleitung und Versand:  
Berlin S 42, Luisenfer I : Postamt: Moritzplatz 2725

Erscheint wöchentlich Sonnabende

**Unser Gärtner-Fachblatt kostet durch die örtliche Verwaltung vierteljährlich 4 Mark, durch die Hauptverwaltung oder Post 6 Mark bzw. 7 Mark.**

In der Zeit vom 27. März bis 2. April ist der Beitrag für die 14. Woche fällig.

## Eine unserer nächsten Aufgaben.

Die Entwicklung unserer Bewegung hat bewiesen, daß es nach wie vor eine unserer Hauptaufgaben sein muß, den Organisationsgedanken auch in die kleinste Provinzstadt zu tragen, um auch dort geregelte Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Der Verlauf der Ausschusssitzung des Verbandes deutscher Gartenbaubetriebe hat die Notwendigkeit dieser Maßnahme nur bestätigt, waren es doch gerade die Unternehmer aus den Provinzstädten, die als entschiedene Gegner jeder Tarifvereinbarung auftraten. Die Ursache ihres Verhaltens ist auf die mangelhafte oder noch ganz fehlende Organisation der Arbeitnehmer zurückzuführen, die es ihnen ermöglicht, noch ganz wie früher schalten und walten zu können, ohne daß ihnen Einhalt geboten werden konnte. Das beruht wieder auf der Indifferenz der Kollegen in diesen Orten, denen jeder Einblick in die Betriebsverhältnisse fehlt, nicht etwa auf ihrer Zufriedenheit. Mit letzterer gehen in der letzten Zeit die Unternehmer krebsen, um auf diejenigen ihrer Kollegen einzuwirken, die bisher noch tariffreundlich gesonnen waren.

Daß ein Kollege mit einem Monatslohn von 100—150 Mk. und freier Station nicht auskommen kann, daß er dabei verelenden muß, dürfte wohl jedem klar sein. Das Gegenteil können nur Menschen behaupten, denen jede Einsicht fehlt, die aus der Zeit aber auch gar nichts gelernt haben, nichts lernen wollten. Hinzu kommt, daß man diese Kollegen, die größtenteils aus Ausgelerten bestehen und jedes Jahr zu Ostern von den Lehrlingszuchtstätten wohlwollend vermittelt werden, auch noch bei mangelnder Kost über die gesetzliche Arbeitszeit hinaus beschäftigt. Es gehört nicht viel Denkvermögen dazu, um sich vorstellen zu können, wie derartige Berichte, die mit zynischer Frechheit von diesen Kleinkrautern auf ihren Tagungen und Versammlungen vorgelesen werden, auf die übrigen Unternehmer wirken, die bisher mit uns Tarifvereinbarungen getroffen hatten. Solche „Zufriedenheit“ hätte man auch gar zu gern in seinem Betriebe. Der Beschluß des Verbandes deutscher Gartenbaubetriebe, überhaupt keine Tarifverträge mehr abzuschließen, ist einzig und allein auf den Einfluß dieser rückständigen „Provinzier“ zurückzuführen. Diese paradisiischen Zustände möchte man gar zu gern auch auf die übrigen Orte übertragen, in denen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bisher tariflich geregelt waren. Die schäbigsten Mittel sind gut genug, um die bereits organisierten Kollegen der Organisation zu entfremden, „Liebesgaben“ spielen dabei eine große Rolle. Um das Übel an der Wurzel zu fassen, müssen wir also auch in der Provinz noch mehr wie bisher tätig sein. Wertvolle Dienste können uns hierbei die Einzelmitglider leisten, indem sie uns die Adressen Unorganisierter übermitteln. Sind in einem Ort sechs Kollegen zusammen, muß eine Zahlstelle gebildet werden, dadurch wird das Interesse geweckt, das Selbstbewußtsein der Kollegen gestärkt. Auch die kleinste Zahlstelle ist in der Lage, durch einmütiges Handeln und Auftreten den reaktionären Handlungen der Arbeitgeber ein Halt zu gebieten. Auch in dem kleinsten Ort kann ihnen gezeigt werden, daß ihre Bäume nicht in den Himmel wachsen.

Immer und immer wieder muß den Unorganisierten gesagt werden, daß sie es sind, die durch ihr gleichgültiges Verhalten die reaktionären Bestrebungen der Arbeitgeber unterstützen. Es hat keinen Wert, die Unorganisierten immer nur auf die Lohnverhältnisse anderer Berufe hinzuweisen und schimpfend erklären, daß unsere Organisation nicht in der Lage sei, ähnliche Verhältnisse zu schaffen. Auch diese Berufe haben sich erst ihre Er-

folge erkämpfen müssen. Wer etwa glaubt, daß alle unsere wirtschaftlichen und politischen Wünsche über Nacht erfüllt werden können, dem ist nicht zu helfen, der kennt die ehernen Gesetze der Entwicklung nicht, die nirgends methodischer vor sich geht, als im wirtschaftlichen Leben. Es bedarf, um eine grundlegende Änderung zu schaffen, um nichts Vorübergehendes, sondern etwas Dauerndes zu erreichen, mühseliger, geduldiger, unverdrossener Arbeit.

Mehr wie je ist es notwendig, Mitglied einer zielbewußten Organisation zu sein und diese durch fleißige Propaganda und Mitarbeit zu einer recht mächtigen zu machen. Das ist das große Geheimnis, um auch unserer Organisation einen größeren Einfluß zu verschaffen, um die Absichten unserer Scharmacher zu vereiteln. Wer so handelt, handelt in seinem eigensten Interesse und dient keinem mehr als sich selbst. Fr. Schulze, Hannover

## Aus Mecklenburg.

Wie im ganzen Deutschen Reich, ging der Krieg und die nachfolgende Revolution auch in Mecklenburg nicht sparlos vorüber, sondern schaffte grundlegende Änderungen. Die damaligen Ereignisse brachten sogar die reaktionären Herren Arbeitgeber des Gartenbaues in den Harnisch und unter dem Druck der Verhältnisse fanden auch sie sich bereit, ihre Arbeitnehmer als Gleichberechtigte anzuerkennen. Die Folge hiervon war, daß Tarifverträge geschaffen wurden, die wenigstens etwas Änderung in den berühmten Mecklenburger Verhältnissen schafften. Wurden zu Beginn auch nicht alle Mißstände beseitigt, so gelang es doch durch das fortwährende Erstarken der Organisation, immer mehr Vorteile für die Kollegenschaft zu erringen und fanden diese Erfolge ihre Zusammenfassung im Abschluß des Landestarifs im Herbst 1919.

Wie aber vorauszusehen war, sehnten sich die Herren Arbeitgeber nach den alten vorstaatlichen Verhältnissen zurück und versuchten durch allerlei Kniffe die geschlossene Front der Arbeitnehmer zu sprengen. Im Frühjahr 1920 aber fühlte man sich stark genug und lehnte nach langem Hinauszögern den Abschluß eines Landestarifs ab. Da aber die Masse der Kollegen in den Kleinstädten und kleinen Betrieben sich nicht in genügender Weise über das Vorgehen empörten und dagegen auflehten, gelang es trotz hinnerwährender Kämpfe, nur an einzelnen Orten und in größeren Betrieben zum Abschluß von Tarifen zu kommen. Dadurch und durch die sonstigen Ereignisse des letzten Jahres ermutigt, versucht man aber in diesem Jahre die letzten Errungenschaften der neuen Zeit zu beseitigen, davon legte das ganze bisherige Handeln der Arbeitgeber Zeugnis ab.

Von Seiten unseres Verbandes wurde erneut der Antrag des Abschlusses eines Landestarifs gestellt, die Herren Arbeitgeber aber lehnten nicht nur diesen, sondern planmäßig jede Erneuerung bestehender Tarife und Erhöhungen der horrenden Löhne, die durchschnittlich 2—3 Mk., ganz vereinzelt 3,50 Mk. betragen, ab. Sie haben erkannt, daß es die Organisation ist, die den Kollegen im Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse den Rücken stärkt und versucht man deshalb, diese überall auszuschalten, indem man erklärt, mit dieser nicht zu verhandeln. Das sollten auch unsere Kollegen erkennen und der Gefahr begegnen, sich aber nicht wie heute zu willigen Werkzeugen der Reaktion benutzen lassen.

Nur ein paar Beispiele der heutigen Handlungsweise: Der vielbekannte Herr Baumschulbesitzer W. Wagner, Teterow in Mecklbg., lehnte Verhandlungen mit dem Verband ab und sollte Termin vor dem Schlichtungsausschuß stattfinden. Am Vortage aber bearbeitete man jeden Kollegen einzeln und die Folge war

eine Zustimmung zu einer Erhöhung von 5 — sage und schreibe fünf Pfennig. Für die dortige Handelsgärtnerei, wo die Kollegen diesmal standhielten, wurde am folgenden Tage vom Schlichtungsausschuß ein Schiedsspruch gefällt, der Erhöhungen von 35—55 Pfg. brachte. Doch noch ein weiteres: Die Firma Schulz & Appel, Baumschule in Hagenow, lehnte Verhandlungen mit uns ab und wollte nur mit dem Landarbeiterverein verhandeln. Wir brachten nun die Sache vor den Schlichtungsausschuß und warteten der Dinge, die da kommen wollten. Was tat aber der Schlichtungsausschuß in Schwerin? Der Vorsitzende, Herr Amtsgerichtsrat Dr. Mehlhardt, ein sonst sehr unparteiischer Herr, fuhr nach Hagenow, man holte unvorbereitet unsere Kollegen heran und verhandelte ohne Hinzuziehung des Verbandsvertreters. Dies geschah nach Aussagen des Herrn Dr. Mehlhardt, um der Organisation die Kosten zu sparen. Die Dummen dabei aber waren mehrere Kollegen, die mit einer geringen Erhöhung abgespeist waren. — Hingewiesen sei immer noch auf Schwerin, wo vor den Behörden eine Verhandlung nach der andern stattfindet — ohne zu einem Ergebnis zu führen.

Das sind Zustände, die jeder Beschreibung spotten. Was aber lehren sie uns? Sie zeigen, daß man uns freiwillig nicht entgegenkommt und wir sollen daraus lernen, daß es notwendig ist, unsere Organisation zu stärken, ihr neue Mitglieder zuzuführen und nur durch sie mit den Arbeitgebern zu verhandeln. Es erwächst für uns aber auch die Pflicht, die Kampfansage der Arbeitgeber anzunehmen und den Kampf zum siegreichen Ende zu führen. Wir selbst haben darüber zu entscheiden, ob wir wieder zurück ins Sklavendasein der Vorkriegszeit oder Anteil an den Errungenschaften der Kultur nehmen wollen. In diesem Falle müssen wir uns unser Recht erkämpfen und deshalb muß in den kommenden Wochen dafür gesorgt werden, daß auch der letzte noch abseits Stehende herangeholt wird, um das Bestreben der reaktionären Herren durch eine geschlossene Front zunichte zu machen, denn:

„Vereint sind auch die Schwachen mächtig!“

Tötte, Hamburg.

## Lohnkämpfe in Frankfurt a. M.

Als wir nach Beendigung des Krieges unsere gewerkschaftlichen Kämpfer nur notdürftig gemustert hatten, stellten wir sofort an unsere Arbeitgeber den Antrag auf Abschluß eines Tarifvertrages. Daß, was wir schon jahrelang ersucht hatten, sollte endlich Tatsache werden. Merkwürdigerweise fanden unsere Anträge bei den Arbeitgebern ein offenes Ohr. Und viele sagten uns, daß eine derartige Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse schon längst auch ihr Wunsch gewesen wäre. Ohne Widerstand wurde der Vertrag im Jahre 1919 dreimal geändert. Erst, als wir versuchten, die Lehrlingsfrage und auch die Urlaubsfrage in den Tarif mit hineinzubringen, wuchs ihr Widerstand fortgesetzt. Die ungünstige Geschäftslage tat ihr übriges, so daß die Situation immer gespannter wurde. In richtiger Erkenntnis der Dinge hielten wir seit Mai 1920 mit einer Lohnbewegung zurück, bis dann endlich im Januar 1921 zum Angriff übergegangen werden mußte. Zweifellos war auch für die Arbeitgeber der Zeitpunkt am günstigsten, weil sie in dieser Zeitlage am ersten in der Lage waren, Aufschläge für ihre Produkte und Arbeitsleistungen durchführen zu können.

Aber weit gefehlt. Unser Langmut wurde recht schlecht belohnt. Die Arbeitgeber lehnten jede Lohnerhöhung ab, beschlossen aber dennoch, eine Kommission zu entsenden, die uns über die Notlage der Gärtnereibetriebe unterrichten sollte. Da diese Verhandlungen ergebnislos verliefen, wurde der tarifliche Schlichtungsausschuß angerufen, der aber unserem Antrage nur teilweise Rechnung trug. Trotz alledem waren wir bereit, diese Teilzahlung anzunehmen, währenddem sie von Arbeitgeberseite abgelehnt wurde. Nun trat der behördliche Schlichtungsausschuß (Sprachkammer für Land- und Forstwirtschaft) in Aktion und sprach uns für die Zeit, wo wir wiederkommen wollten, etwa Mitte März, eine weitere Lohnzulage von zirka 10 % zu. Die Ablehnung der Arbeitgeber war uns im voraus sicher und deshalb mußte ernstlich mit der Tatsache eines unvermeidlichen Streikes gerechnet werden. Die letzte Möglichkeit, ihn zu vermeiden, konnte nur in der Anrufung des Demobilisierungskommissars bestehen. Auch dieser Weg wurde beschritten und genannter Herr bemühte sich vier Stunden lang, einen Vergleich herbeizuführen. Da wir in der Lohnfrage zu keinem Handel bereit waren, so mußte letzten Endes der Achtstundentag Haare lassen und wir den Arbeitgebern anstelle von zwei Monaten nunmehr vier Monate die neunte Arbeitsstunde zubilligen. Allerdings nur in der Handelsgärtnerei und bei einem Aufschlag von 10 Pfg. So schwer uns dieses Zugeständnis auch gefallen ist, so mußte schließlich ein Handelsobjekt gefunden werden. Die Versammlung, die den Streik beschließen sollte, war bereits für Sonntag abend einberufen und die Vorarbeiten für den Streik soweit vollendet, daß am Montag, den 7. März die Arbeit ruhen sollte. Daß die Arbeitgeber sich noch in letzter Stunde für den Vergleichsvorschlag entscheiden würden, erschien mehr als zweifelhaft. Liegen doch

die Dinge in Frankfurt so ähnlich wie in den meisten andern Städten. Wir zählen hier nur zwei Großbetriebe (Friedr. Smal und Palmengarten), außerdem 10 mittlere Betriebe (5—20 beschäftigte Personen) und zirka 40 Kleinbetriebe. Der Arbeitsmarkt lag für uns günstig, obgleich infolge des gelinden Winters fast den ganzen Winter über gearbeitet werden konnte. Immerhin war die Arbeit nicht brennend und da ohnedies die Kleinmeister bei den Versammlungen der Arbeitgeber die übergroße Mehrheit hatten, so war der Streik schon wochenlang zum Tagesgespräch geworden. Unsere Kollegenschaft war über die Haltung der Arbeitgeber äußerst erbittert. Seit Anfang Januar wird verhandelt, drei Schiedssprüche mußten gefällt werden und immer wieder wurde abgehandelt und die Sache verschleppt. Eine niegeahnte Begeisterung hatte unsere Kollegen erfaßt und die Gewähr für eine mustergültige und energische Streikführung war durchaus geboten. Da erreichte uns in letzter Stunde die Nachricht; die Arbeitgeber haben angenommen. Mancher unserer Kollegen hätte allerdings gewünscht, wir hätten einmal dem Unternehmertum zeigen können, daß die Arbeiterschaft nicht mit sich spielen läßt. Indessen, wir kämpfen nicht um des Kampfes willen, sondern um unser Recht und unsere Existenz. Dieses Ziel haben wir nun trotz alledem erreicht und wenn man sich bisher schämen mußte, die Gärtnerlöhne zu nennen, so sind wir doch heute wieder an die niedrigsten Lohnsätze der übrigen Arbeiterschaft herangekommen. Eine Lohnsteigerung von 1,40 Mk. pro Stunde für unsere älteren Kollegen ist im gegenwärtigen Zeitpunkt immerhin ein beachtenswerter Erfolg, der nur möglich war durch Geschlossenheit der Organisation und die öffentlich bekannte „Kampfbereitschaft“.

Glückauf zu weiteren Kämpfen und Siegen.

Fuchs, Frankfurt a. M.

## Der badische Landestarif.

Unser Versuch, im Vorjahre einen solchen Tarif abzuschließen, scheiterte daran, daß es namentlich in den Kleinstädten noch allerrand Arbeitgeber gab, die von dem energischen Auftreten unserer organisierten Kollegen bisher noch herzlich wenig verspürt hatten. Es war deshalb unsere Aufgabe, namentlich auch in den Kleinstädten Fuß zu fassen und Tarifabschlüsse zu verlangen, die uns mit Hilfe der Schlichtungsausschüsse auch fast überall gelungen sind. Außerdem machten wir das Gewerbeaufsichtsamt mobil, und so wurden durch Verordnungen und Gewerbeinspektoren unsere Arbeitgeber ständig belästigt. Nun stellten wir im Januar 1921 erneut einen derartigen Antrag mit einem längeren Begleitschreiben über die Notwendigkeit solcher zentralen Tarife. Die Jahresversammlung des Verbandes badischer Gartenbaubetriebe beschäftigte sich mit diesem Antrag und stimmte demselben zu. Merkwürdigerweise sollen sich gerade die Arbeitgeber dafür eingesetzt haben, die im Vorjahre nicht genug davon warnen konnten. Die diesbezüglichen Verhandlungen fanden am 7. März in Karlsruhe statt und führten zum Abschluß eines solchen Tarifes. Dabei soll nicht verkannt werden, daß der Tarif mancherlei Schönheitsfehler enthält und uns insbesondere die Lohnstaffelung und die Höhe der Lohnsätze nicht befriedigen kann. Darin Wandel zu schaffen, muß unsere spätere Aufgabe sein. Für heute gilt es, zunächst einmal auf beiden Seiten den Nutzen und die Notwendigkeit solcher Tarife zu erkennen, da dieser Tarif Gesetz werden soll, so ist namentlich die Erfassung der gesamten Privatgärtnerei Badens für uns von größter Bedeutung. Der übrige textliche Inhalt erscheint in den nächsten Tagen im Druck und wird durch die Gauleitung Frankfurt a. M., Allerheiligenstraße 51, III, versandt werden.

Nunmehr gilt es, dafür zu sorgen, daß dieser Landestarif kein Stück Papier bleibt, sondern auch in dem kleinsten Orte Badens ein gegebenes Recht darstellt, an dem es nichts zu handeln und zu deuteln gibt.

Fuchs, Frankfurt a. M.

## Das Siedlungsproblem.

Zweifellos besteht noch immer eine große Wohnungsnot, die aber bei der kapitalistischen Wirtschaftsweise schlecht gelöst werden kann. Unsere Industrie ist aus Mangel an Rohstoffen und weil uns die früheren Absatzgebiete fehlen, nicht voll beschäftigt, denn andere Staaten, wie z. B. Amerika, Japan, England und Brasilien, haben sich während des Krieges eigene Spezialindustrien, vor allem für Textilien, Farbstoffe usw., geschaffen. Aus diesem Grunde und weil andererseits in Deutschland Ödland, insbesondere Moore u. dgl., genügend vorhanden sind, ist es unsere Pflicht, aus diesen zwei Millionen Hektar so viel als möglich Großbetriebsland zu gewinnen. Vor dem Kriege führte das Deutsche Reich rund 10 Millionen Tonnen Getreide und gleichwertige Futterstoffe ein, außerdem noch Vieh, Fleisch und Schmalz, zu deren Produktion 3—3½ Millionen Tonnen Getreide nötig gewesen wären. Die tatsächliche Eigenenerzeugung betrug 26—27 Millionen Tonnen Getreide, d. h., daß wir vor dem Kriege nur 60 % selbst erzeugt, 40 % eingeführt haben. Wenn man nun

die gesamte Nahrungsmittelherzeugung in Nährwerte umrechnet, so ergibt sich, daß wir etwa  $\frac{1}{4}$  der für die Ernährung des deutschen Volkes nötigen Nahrungsmittel selbst erzeugt und  $\frac{3}{4}$  eingeführt haben; mit andern Worten 17 Millionen Menschen waren auf die Einfuhr an Nahrungsmittel angewiesen.

Nun sind uns durch den Friedensvertrag große landwirtschaftliche Flächen verloren gegangen, es verbleiben uns nur noch 440 000 Quadratkilometer Großbetriebsland, wir haben aber eine relativ dichte Bevölkerung zu ernähren, nämlich 130 auf einen Quadratkilometer, gegen 120 auf dem bisherigen deutschen Gebiete des Reichs. Es ist also nötig, die Ernten zu erhöhen, was unter wirtschaftlich vorteilhaften Bedingungen sogar bis zu einer Verdoppelung (abzüglich der Aussaat) möglich erscheint. Eine solche Steigerung würde uns über alle Schwierigkeiten hinweg helfen. Es kommen dabei aber keine Kleinsiedlungen, sondern nur landwirtschaftliche Großbetriebe in Betracht, von denen uns noch etwa 17 000 mit etwas über 5 Millionen Hektar Fläche verblieben sind. Diese müßten nach den modernsten Methoden und mit den besten Maschinen bewirtschaftet werden, was aber nur auf dem Wege der Gemeinwirtschaft geschehen könnte. Dann wäre es nötig, in diesen landwirtschaftlichen Gegenden gute und gesunde Wohnungen zu bauen, schon um mehr Industriearbeiter zur Instandhaltung der maschinellen Einrichtungen heranzuziehen zu können.

Gute Arbeitsbedingungen, normale Arbeitszeit, auskömmliche Lohnverhältnisse und vor allem Gleichstellung der Landarbeiter mit dem Industriearbeiter sind weitere Voraussetzungen dafür, daß ein großer Teil der großstädtischen Arbeiter seine Beschäftigung zum Wohle der Allgemeinheit in den ländlichen Bezirken suchen würde.

Der Abgeordnete Helm nannte das Siedlungsgesetz für die Kriegsteilnehmer mit Recht ein konservatives; es schafft zwar Brotstellen für einen kleinen Teil der Kriegsteilnehmer, hängt aber allen andern den Brotkorb um so höher. Die Kosten für die Neubauten für jede Kleinbauernstelle würden sich auf 30—50 000 Mark belaufen, für 400 000 Kleinsiedlungen stellten sie sich auf 12—20 Milliarden, die die Allgemeinheit neben den sonstigen ungeheuren Abgaben noch zu tragen hätte. Für die so gerühmte Sicherheit der Existenz kämen aber nur 4—5% aller Kriegsteilnehmer in Betracht. Ebenso würden die Kosten für eine Umstellung der Großbetriebe auch nicht geringer sein.

A. Ellinger sagt in seinem Artikel, eine Umgruppierung unserer Bevölkerung und Volkswirtschaft in der Richtung von der Stadt aufs Land sei unbedingt notwendig in bezug auf intensivere Bewirtschaftung und zur Hervorbringung der nötigen Nahrungsmittel. Der Siedler wird aber wie unser Kleinbauer zum Arbeitstier werden, er wird 14—16 Stunden arbeiten, um sich auf seiner Scholle halten zu können; er wird in sozialer Hinsicht rückständig werden, ferner wird er auch seine ganze Familie mit in den Karren spannen müssen, um sich dem Großbetrieb gegenüber auch im Gemüsebau über Wasser halten zu können. Viele werden dabei zugrunde gehen, einige werden sich durchsetzen können und werden sich dann zum Kapitalisten entwickeln, und das ist nicht unser Ziel.

Die Hinweise des Ingenieurs K. v. Mayenburg-Basel über die Anschließung des Geländes in nächster Nähe der Städte durch die Gemeinden sind beachtenswert. Diese Kulturgürtel sollten aber nach meiner Meinung nicht als Siedlungen, auch nicht genossenschaftlich, sondern durch die Stadtgemeinde als Gemeinschaftssache für die Nahrungsmittelherzeugung bewirtschaftet werden.

Durch Umgestaltung oder Vereinfachung unserer heutigen großstädtischen Anlagen, durch Einschränkung in der Privatgärtnerei und Landschaftsgärtnerei werden viele gärtnerische Kräfte für diese Zwecke frei. Wir können uns eben den früheren Luxus nicht mehr leisten, müssen uns vielmehr auf die Erzeugung ausreichender und billiger Lebensmittel einstellen. Das ist die erste Lebensnotwendigkeit, nur so kann das deutsche Volk gesunden. Dazu können wir als freigewerkschaftliche Gärtner viel beitragen, wenn wir den Weg der Kommunalisierung und der Sozialisierung des Großgrundbesitzes beschreiten. J. Schmidt, Berlin S.

## Forderungen der deutschen Gewerkschaften zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat am 26. Februar der Reichsregierung folgende Forderungen überreicht:

1. Sofortige Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten in weitestem Umfange. In erster Linie sind die für die öffentlichen Verkehrsbetriebe erforderlichen Erneuerungsarbeiten ohne jeden Verzögerung in Auftrag zu geben. Die Mittel für weitere öffentliche Arbeiten sind schleunigst bereitzustellen.

2. Bei der Vergabe dieser Aufträge sind die von der größten Arbeitslosigkeit betroffenen Bezirke in erster Linie zu berücksichtigen. Den Unternehmern ist die Verpflichtung aufzuerlegen, entsprechend der Größe des jeweiligen Auftrages Arbeitslose ein-

zustellen. Zu diesem Zweck ist, soweit dies technisch durchführbar ist, eine verkürzte Arbeitszeit einzuführen oder diese beizubehalten, soweit sie bereits besteht. Wo durch Schichtwechsel mit verkürzter Arbeitszeit die doppelte Arbeiterzahl beschäftigt werden kann, ist eine solche Bedingung bei Übertragung öffentlicher Aufträge vorzuschreiben.

3. Soweit die vorhandenen Betriebe einzelner Industriezweige nicht ausreichen, bestimmte Arten der verfügbaren Aufträge allein auszuführen, ist zum Zweck der Unterbringung der Arbeitslosen ein entsprechender Teil dieser Aufträge an geeignete andere Betriebe zu vergeben. Nötigenfalls ist die Umstellung von Betrieben zur Herstellung dieser Arbeiten sofort zu veranlassen.

4. Alle Arbeitsaufträge der öffentlichen Verwaltungen des Reiches, der Länder und der Gemeinden sind als Notstandsarbeiten zu erklären, bei denen der Unternehmergewinn auf ein den Verhältnissen angemessenes Höchstmaß zu begrenzen ist. Den Arbeitern sind, um Arbeitsstreitigkeiten möglichst zu vermeiden, die Tariflöhne sicherzustellen.

5. Zur Mitbestimmung bei der Regelung der Auftragsvergabe, soweit es sich um die in Ziffer 2—4 vorgesehenen Verpflichtungen handelt, sind Vertreter der Gewerkschaften zuzuziehen.

6. Wo es auf keinem anderen Wege möglich ist, den Arbeitslosen Beschäftigung zu verschaffen, ist zu verlangen, daß allgemein, also auch für private Aufträge, die Arbeitszeit der noch voll Beschäftigten verkürzt und nach Möglichkeit Schichtwechsel eingeführt wird. Die seither Vollbeschäftigten werden zu diesem Opfer an die gänzlich Arbeitslosen bereit sein, wenn die in Ziffer 7 folgende Forderung erfüllt wird.

7. Allen Kurzarbeitern ist der bei der verkürzten Arbeitszeit entstehende Lohnausfall zu zwei Dritteln von den Arbeitgebern zu ersetzen. Das Reich und die Länder übernehmen die Hälfte der den Arbeitgebern hieraus erwachsenden Kosten auf die Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge. Diese Maßnahme kann aber nur eine vorübergehende und nicht von langer Dauer sein, sondern es muß mit Hinsicht auf die Existenzmöglichkeit der Kurzarbeiter in der jetzigen teuren Zeit alles aufgewendet werden, um die Kurzarbeit baldigst wieder in Vollarbeit umzuwandeln.

8. Die Belebung des Baugewerbes durch Bereitstellung öffentlicher Mittel für den Wohnungsbau ist mit größerer Eile als bisher zu betreiben. Als Ziel aller Maßnahmen auf diesem Gebiete hat in erster Linie und noch vor der Bekämpfung der Wohnungsnot die Beseitigung der Arbeitslosigkeit zu gelten.

9. Für diejenigen Arbeitslosen, denen auch durch die Erfüllung vorstehender Forderungen keine Arbeit verschafft werden kann, ist eine weitgehende, den Teuerungsverhältnissen angemessene Erhöhung der laufenden Unterstützung zu beschließen, damit diese Arbeitslosen mit ihren Familien vor dem Verhungern geschützt werden. Zu dem gleichen Zweck ist die Schulpflicht für Kinder unbemittelter Eltern einzuführen und auszubauen.

10. Damit aus der Durchführung vorstehender Maßnahmen keine weitere Steigerung der Inflation eintritt, wird mit allem Nachdruck die sofortige Einhebung aller Besitzsteuern verlangt.

Auch der Internationale Gewerkschaftsbund hat in einem längeren Schreiben an die angeschlossenen Organisationen in ähnlichem Sinne zu dieser brennenden Frage Stellung genommen.

## Staats- und Gemeindegärtnerei

Hannover. (Schiedsspruch.) Unter Einrechnung des Brotgeldes betragen bei den Arbeitern über 20 Jahre die Stundenlöhne für ungelernete 4,80 Mk., mit Hausstands- und Kinderzulage 4,95 bis 5,83 Mk., für angelernte 4,95 bzw. 5,10—5,98 Mk., für gelernte 5,25 bzw. 5,40—6,28 Mk., Arbeiterinnen über 20 Jahre 2,80 bis 3,10 Mk., unter 20 Jahre 2—2,65 Mk., männliche 2,15—4,60 Mk. In der Gartendirektion stimmten bei der Urabstimmung 268 für und 110 gegen den Schiedsspruch.

### Rache ist süß.

Im vorigen Jahre mußte der Magistrat der Stadt Breslau dem städtischen Gärtnergehilfen K., dem vom Garteninspektor Kieckeben widerrechtlich gekündigt worden war, nach seiner durch die Gauleitung erzwungenen Wiedereinstellung über 3000 Mark nachzahlen. Wer mußte nun für dieses Schildbürgerstück büßen? Der Gauleiter, welcher in seinem Bericht über diesen Erfolg des Verbandes in unserer Zeitung folgende Worte gebraucht hatte: „Herr Inspektor Kieckeben klickte eben nicht besonders gestreich drein.“ Der Breslauer Staatsanwalt nahm sich der für den Bestand Preußen-Deutschlands hochgefährlichen Sache liebevoll an. In dem jetzt stattgefundenen Termin malte er das fürchterliche Verbrechen mit derart düsteren Farben, daß dem tiefzerknirschten armen Sünder vor seiner eigenen Schlichkeit graute, was den Höhepunkt erreichte, als er zu 20 Mk Geldstrafe verdonnert wurde. Wie roh und gefühllos aber unsere Zeit ist, möge man daraus ersehen, daß während dieser unheimlichen Tragödie im Zuhörerraum große Heiterkeit herrschte.

August Vollbrecht, Breslau

## Rundschau

### Wie Streiks nicht geführt werden sollen.

In der Baumschule Heilig in Ootha waren sämtliche Beschäftigte organisiert. Der Unternehmer versuchte, einige Kollegen durch das Versprechen vom Verband abwendig zu machen, daß er ihnen, falls sie nicht mehr Mitglied seien, höheren Lohn zahle. Eine Anzahl Kollegen krochen auf diese Leimrute. Sieben meldeten sich ab, drei blieben unserer Sache treu. Nun zeigte sich aber, daß der Unternehmer garnicht die Absichten hatte, sein Versprechen auszuführen, eine Lohnerhöhung trat nicht ein. Hierüber waren die jetzt Unorganisierten so erbost, daß sie ohne jegliche Vorbereitung in den Streik traten und die drei organisierten Kollegen zwingen, mitzumachen. Was vorauszu-sehen war, trat ein: Die Hälfte der Unorganisierten ging nach zwei Tagen wieder in den Betrieb hinein, wodurch die ganze Aktion natürlich vereitelt wurde.

Man muß sich wundern, daß trotz aller Ausführungen und Belehrungen ein Teil der Kollegen den Lockrufen der Unternehmer noch folgt. Wann werden endlich die Kollegen einsehen, daß die Unternehmer nur unsere Organisation beseltigen wollen, um Vorteile für sich zu erreichen. Der Unternehmer weiß sehr genau, daß er einer geschlossenen Arbeiterschaft gegenüber nichts ausrichten kann, daß er dann die Lohn- und Arbeitsverhältnisse verbessern muß. Sein ganzes Ziel ist deshalb die Schwächung oder Vernichtung des Verbandes.

In einem andern Betriebe in Gotha ging es ähnlich. Zwei Hilfsarbeiter, die im Fabrikarbeiter-Verband organisiert waren, verlangten auf eigene Faust Lohnerhöhung; sie erhielten dies nicht und traten in den Streik, unsere Kollegen auch zur Arbeitsniederlegung veranlassend. Auch dieser Streik war unvorbereitet. Die Organisationsleitung konnte nicht eingreifen und verlief die Sache ebenso erfolglos.

Streiks können keine Gefühlsache sein. Wir können sie nur führen, wenn alle Für und Wider sorgfältig abgewogen und die günstigste Zeit zum Losschlagen ausgesucht ist. Kollegen lernt, ihr seid gewarnt!

### Arbeitsnot und Freizügigkeit.

Aus dem Reichsarbeitsministerium wird mitgeteilt: Wie aus Verhandlungen des vorläufigen Reichswirtschaftsrats bekannt geworden ist, beabsichtigt der Reichsarbeitsminister die Verordnung über die Freimachung von Arbeitsstellen in naher Zeit wesentlich einzuschränken. Zunächst war geplant, die Vorschriften dieser Verordnung, durch die die Freizügigkeit der Arbeitnehmer beeinträchtigt wird, völlig aufzuheben. Im Reichswirtschaftsrat sowohl wie von der Vertretung der deutschen Städte ist aber darauf hingewiesen worden, daß die Großstädte mit besonders großer Arbeitslosigkeit, wie Berlin, Hamburg usw., bei der gegenwärtigen Lage des Arbeitsmarktes bis auf weiteres noch vor dem Zuzug arbeitsfremder Arbeitskräfte geschützt werden müßten. Es wird deshalb nunmehr daran gedacht, die Beschränkung der Freizügigkeit in den Großstädten mit besonders ungünstigem Arbeitsmarkt noch fortbestehen zu lassen, zugleich aber auch die übrigen Bestimmungen der Verordnung nur auf diese Zentren der Arbeitslosigkeit zu beschränken und für das übrige Reich die ganze Verordnung aufzuheben. Die Regierungen der Länder, die Vertretungen der Städte und die Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie der vorläufige Reichswirtschaftsrat sind gebeten worden, zu diesem neuen Vorschlag Stellung zu nehmen. Sobald ihre Erklärung vorliegt, wird die endgültige Entscheidung getroffen werden.

### Ein englisches Genossenschaftsurteil über die Pariser Beschlüsse.

Das Organ der British Cooperative Union, die „Co-operative News“, veröffentlicht einen die Pariser „Wiedergutmachungs“-beschlüsse scharf kritisierenden Aufsatz, in dem es bezüglich der wirtschaftlichen Wirkungen auf die Arbeiterschaft der Entente-länder heißt:

Die erste Erwägung für die Arbeiter ist: Wie kann Deutschland zahlen? Seine ausländischen Pfänder sind hin und sein internationaler Kredit ist in die Brüche gegangen. Darum ist die Mark jetzt 1½ Pence wert, statt 1 Schilling. Es kann nicht in Gold zahlen, denn die Durchschnittsjahresrate würde 270 Millionen sein — abgesehen von den 12% Abgabe von der Ausfuhr, und wie ich autoritativen Berichten entnehme, beträgt die ganze Weltproduktion an Gold jährlich nur 100 Millionen. Es mag Waren verkaufen und dafür Gold beschaffen, das den alliierten Nationen übergeben werden kann, aber es kann Waren nur im Wettbewerb mit diesen Nationen verkaufen. Tut es das nicht, kann es kein Gold erhalten und kann nicht zahlen. Tut es das aber, so wird es uns von seinen Märkten ausschalten, und das wird verringertes Ausfuhrgeschäft und weniger Arbeit für die anderen bedeuten — allein in unserem Lande 12 Millionen —, die noch das Los der Armut tragen. Bleibt übrig, die Waren den alliierten Nationen zu senden. Dort entsteht dieselbe Schwierigkeit. Deutschland liefert Schiffe an uns auf Grund der Verpflichtungen, und unsere

Schiffbauer sind arbeitslos. Es liefert Kohlen an Frankreich nach Verpflichtung, und französische Kohlengraber laufen arbeitslos umher, während der entsprechende Rückgang der britischen Kohlausfuhr nach Frankreich bei uns Kohlengraber auf Pfaster wirft. Die Lieferung von 270 Millionenwerten an Waren an die alliierten Nationen wird noch mehr Arbeitslosigkeit, noch mehr Kurzarbeit bedeuten.

Es stimmt, daß eine Ausfuhrabgabe von 12% auf alle deutschen Ausfuhrer erhoben werden soll. Für jede 100 Pfund Sterling ausgeführter Waren würde Deutschland 12 Pfund Sterling an die Alliierten zu zahlen haben. Wenn die Waren für 100 Pfund Sterling verkauft werden könnten, wird es sie für 115 Pfund Sterling verkaufen, so daß, wenn die Alliierten 12% nehmen (von 115 Pfund Sterling), ihm noch 100 Pfund Sterling für seine Waren verbleiben. Man mag wohl behaupten, das würde es Deutschland unmöglich machen, mit unseren Fabriken zu konkurrieren. Wirklich? Es wird bedeuten, daß die britischen Fabrikanten ihre Preise aufschlagen werden, um sich zu vergewissern, daß sie den dann möglichen Zuschlagsprofit ernten. Das ist keine Phantasie, es beruht auf tatsächlichen Vorgängen. Als das Kriegsrisiko die Frachtraten sprunghaft hochtrieb und den Preis für Einfuhrgetreide erhöhte, erhöhten auch die britischen Landwirte, die keine Schiffsfracht für das auf ihrem eigenen Acker gewachsene Getreide zahlten, die Preise entsprechend den erhöhten Preisen des Importgetreides. Die entsprechende Steigerung würde auch Platz gegriffen haben, wenn statt der Frachterhöhung eine Abgabe für das fremde Erzeugnis bestanden hätte. Die Ausfuhrabgabe wird vom Verbraucher gezahlt werden, einerlei, ob er deutsche oder heimische Ware kauft; das phänomenale Wachstum der deutschen Ausfuhr, das nötig ist, um 270 Millionen jährlich 42 Jahre lang zu zahlen, wird dagegen unsere Industrie mehr treffen als irgendeine andere Nation. Die Erzeugnisse, die Deutschland liefern kann und die die alliierten Nationen sich nicht selbst beschaffen können, bedeuten nur einen Tropfen in dem Eimer der ungeheuren Summe, die nach der Pariser Entscheidung Deutschland zahlen soll, und vermehrte Einfuhr deutscher Waren durch die alliierten Nationen ist verbunden mit Verdrängung der Tätigkeit der alliierten Arbeiter, die schon ohne diese Einfuhr arbeitslos sind oder verkürzt arbeiten.

**Berlin.** In der Baumschule Späth ist ein fünftägiger Streik in den Betrieben Falkenrehde, Ketzin und Baumschulenweg erfolgreich beendet.

Seit Sonnabend stehen sämtliche Friedhofsarbeiter Groß-Berlins im Streik. Näheres später.

## Bekanntmachung

**Dresden.** Die Wahlen zum Gewerbegericht der Stadt Dresden finden am Dienstag, den 29. März 1921, von 11 bis 7 Uhr, in 25 Bezirkslokalen statt. Als Wahlausweis ist ein Beschäftigungsnachweis erforderlich. Die vorgedruckten Formulare sind im Verbandsbüro zu haben. Wahlberechtigt sind alle männlichen und weiblichen Arbeitnehmer über 18 Jahre der Erwerbsbetriebe. Unsere Mitglieder haben die Pflicht, ihr Wahlrecht auszuüben. Von uns ist die Liste I aufgestellt. Die Vertrauensleute und Betriebsräte haben sofort die erforderlichen Vorarbeiten in Angriff zu nehmen. Die Ortsverwaltung, I. A.: Kirsche.

### Festlichkeiten.

Hierunter sehen wir in Zukunft alle Mitteilungen über Vereinsfestlichkeiten an. Die Zeile wird mit 2,- Mark berechnet.

**Frankfurt a. M.** Am Montag, den 2. Osterfeiertag, findet in sämtlichen Räumen des Gewerkschaftshauses unser diesjähriges Stiftungsfest statt. Beginn 4 Uhr. Zahlreichen Besuch erwartet die Ortsverwaltung.

## Bücherschau

### Neu eingegangene Bücher.

Arbeiterjugend und sexuelle Frage von Hans Hackmack. Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, Berlin C 2, Breite Straße 8/9. Preis 2,50 Mk.  
Die Verfassung des Freistaates Preußen vom 30. November 1920. Textausgabe und Register mit einer Einleitung von Paul Hirsch. Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin SW 68. Preis 2,50 Mk.  
Die preussischen Wahlgesetze (Landtag, Provinzial-Landtag und Kreistag) einerlei und erläutert von Paul Hirsch. Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin SW 68. Preis 7,50 Mk.  
Illustriertes Konversationslexikon von Harald Oelatorph. Vollständig in 104 Lieferungen von 328 Seiten mit über 700 Bildertafeln und über 1500 Textabbildungen. Verlag H. G. J. Oelatorph, Berlin. Gesamtpreis 200,— Mk. Einzelpreis der wöchentlich erscheinenden Hefte 2,— Mk.  
Mozart auf der Reise nach Prag. Novelle von Eduard Mörike. Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin SW 68. Preis 2,50 Mk.  
Die verjüngte Frau von Theodor Thomas. Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin SW 68. Preis 8,— Mk.  
Unsere Hanstiere vom Standpunkte ihrer wilden Verwandten (für Jung und alt von Th. Zell). Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin SW 68. Preis brochiert 20,— Mk. gebunden 25,— Mk.  
Der Hund vom Standpunkte des Hundes (für Jung und alt von Th. Zell). Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin SW 68. Preis 12,— Mk. brochiert 9,— Mk.